

FDP-KREIßSAAL



Es ist ein Brüderlein!

Finger weg von Schengen

Die Reisefreiheit steht für das, was Europa im Kern ausmachen sollte: Sie verbindet die Völker

Liebe europäische Innenminister,

erinnert Ihr Euch noch an die Zeit vor dem Schengen-Abkommen? Stundenlang standen wir zu Ferienbeginn im Stau vor den Grenzübergängen nach Österreich, Frankreich, Holland. Lustlose Uniformierte haben unsere Papiere kontrolliert. Und wehe, der Pass war ein paar Tage abgelaufen.

Diesen Anachronismus haben Eure Vorgänger abgeschafft und den Abbau der zwischenstaatlichen Grenzen vereinbart. Schengen war eine große Tat. Dort, wo einst Stacheldrahtzäune und Schlagbäume prangten, stehen heute blaue Schilder mit der Europaflagge. Ungehindert können wir nun zwischen 25 Ländern hin- und herreisen, Europas ganze Vielfalt erleben: über die Masurischen Seen paddeln, von Portugals Klippen den weiten Atlantik bestaunen oder einfach zur Arbeit über den Grenzfluss nebenan pendeln. Schengen macht ihn wahr, den Traum vom vereinten Europa.

Wenn Ihr morgen in Brüssel zusammenkommt, werden einige von Euch versuchen, diese grandiose Errungenschaft zu untergraben. Sie werden Horrorbilder an die Wand malen von Flüchtlings-Tsunamis, die es gar nicht gibt. Sie werden ihre Pläne als „Anpassungen“, „Adaptionen“ oder „Präzisionen“ von Schengen verbrämen. Tatsächlich aber wollen sie nur das eine: renationalisieren, die Grenzen wieder hochziehen, wann immer es ihnen passt. Aus purem Eigennutz. Egal, wie sehr sie uns allen damit schaden.

Wenn Europas Bürger befragt werden, was sie positiv mit der EU verbinden, nennt kaum einer den Binnenmarkt oder gar den Euro. Ganz oben steht die Reisefreiheit, verkörpert durch Schengen. Keine 2000 Seelen hat das namensgebende Luxemburger Moselstädtchen, aber mehr als zehn Millionen Google-Einträge weltweit. Hier im Dreiländereck mit Deutschland und Frankreich standen sich einst die Bunker des Westwalls und der Maginot-Linie gegenüber. Heute verbinden Brücken und Straßen die

Bürger dreier Staaten, ohne einen einzigen störenden Kontrollpunkt dazwischen. So will es das Schengen-Abkommen: Europas Nationen schützen gemeinsam ihre Außengrenzen. Um ihre Grenzen nach innen zu öffnen.

Zwei angeschlagene Populisten stellen das alles nun infrage. Ein egozentrischer Franzose, der um seine Wiederwahl bangt und den Extremisten der Front National Stimmen am rechten Rand ablocken will. Und ein alter Italiener mit Vorliebe für junge Mädchen, der von all seinen Prozessen und Skandalen ablenken will. Er hat alles losgetreten: mit seiner Ankündigung, tunesischen Flüchtlingen Visa zu geben, mit denen diese quer durch Schengenland touren können. Es hat funktioniert: Jetzt fürchtet Ihr Minister einen Migrantensturm auf Eure Heimat. Und mancher von Euch, wie etwa der

Jede Beschränkung ist ein Angriff auf Europas populärstes Grundrecht: die Freizügigkeit

deutsche Kollege, scheint zum Mitläufer von Sarkozy und Silvio zu werden.

Aber gerät Schengen tatsächlich außer Kontrolle? Das heutige Abkommen erlaubt bereits die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen: in Ausnahmefällen, falls die öffentliche Sicherheit eines Staates ernsthaft bedroht ist, sofern die Kontrollen angemessen und nicht diskriminierend sind. Etwa 50-mal haben Schengen-Staaten davon Gebrauch gemacht, nie gab es ernste Probleme.

Doch nun soll alles anders werden: wegen nicht einmal 35 000 tunesischen Flüchtlingen in Italien, von denen wenige Tausend nach Frankreich weitergereist sind. Eine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Sicherheit sind die Tunesier weder für Italien noch Frankreich. Ganz zu schweigen von einem „Exodus biblischen Ausmaßes“, vor dem die Regie-

rung in Rom warnt. Zum Vergleich: Im Bosnienkrieg der 90er-Jahre nahm Deutschland 350 000 Flüchtlinge auf.

Was wollen die Schengen-Gegner? Ihre Grenzen künftig nicht nur in Ausnahmesituationen hochziehen, sondern auch, wenn die öffentliche Sicherheit gar nicht bedroht ist? Kontrollen durchführen, die unangemessen und diskriminierend sind? Die Flüchtlingsboote im Mittelmeer stoppen, indem sie Berufspendler auf der Rheinbrücke von Kehl nach Straßburg durchleuchten? Natürlich werdet Ihr Innenminister nicht von heute auf morgen wieder allenorts Grenzhäuschen aufstellen. Aber jede Schengen-Beschränkung ist ein Frontalangriff auf Europas populärstes Grundrecht: die Freizügigkeit. Und einige in Eurem Kreis denken bereits weiter. Der Niederländer Gerd Leers etwa, dessen Regierung zum Überleben auf den Rechtsausleger Geert Wilders angewiesen ist, stellt nun die Niederlassungsfreiheit infrage. Bei „unverhältnismäßiger Beanspruchung des Sozialsystems“ will Leers auch EU-Bürger ausweisen.

Wo ist Eure viel beschworene Solidarität? Brüssel verkommt zum Spielfeld nationaler Egoisten: in der Außenpolitik, bei der Euro-Krise. Aber nirgends ist es so schlimm wie bei der Migration. Seit Jahren weigert Ihr Euch, der EU-Grenzschutztruppe Frontex Geld für eigene Ausrüstung zu geben. Dabei würdet Ihr so die Außengrenzen besser in den Griff kriegen. Eine europäische Zuwanderungspolitik ist nicht in Sicht, über eine neue Asylpolitik findet Ihr nicht einmal ansatzweise Konsens. Weil jeder das Flüchtlingsproblem lieber auf die anderen abschiebt.

Liebe Minister, die EU braucht nicht noch mehr Regularien, sondern eine gemeinsame Identität. Und hier ist der Schengen-Vertrag das Beste, was Europa seinen Bürgern bisher zu bieten hat. Ihn anzutasten wäre Ausdruck grenzenloser Dummheit.

Mit freundlichen Grüßen
Claus Hecking

Claus Hecking ist FT-D-Korrespondent in Brüssel.
E-Mail hecking.claus@guj.de

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

Die Leitartikel geben die Meinung der Zeitung wieder und sind daher unsigniert

HOMOEHE

Gleichheit schaffen

Es ist wichtig, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Benachteiligung eines schwulen Mannes in Hamburg bei seinen Rentenansprüchen als das gebrandmarkt hat, was sie ist: Diskriminierung. Schwule und Lesben, zumal in eingetragenen Partnerschaften, müssen nicht um Gleichbehandlung bitten, sie haben ein Recht darauf.

Die Gleichstellung schwuler und lesbischer Partnerschaften mit der herkömmlichen heterosexuellen Ehe ist mühseliges Stückwerk. Immer wieder bleibt sie an überholten Regelungen und allzu konservativen Wertvorstellungen hängen.

Im deutschen Recht, bemerkt das europäische Gericht, gebe es inzwischen keinen großen rechtlichen Unterschied mehr zwischen der klassischen Ehe und einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft. Welche Chromosomen zwei Partner haben, ist nebensächlich. Die Konsequenz daraus geht weit über diesen Rechtsstreit hinaus: Wenn Homohe und klassische Ehe bei den Rentenansprüchen gleich behandelt werden sollen, warum dann nicht auch in anderen Rechtsfragen?

Eine derart logische Schlussfolgerung wird in der Regierung bislang nur von der FDP gezogen. Die CSU und weite Teile der CDU wollen sie verdrängen. Wer aber konsequent weiterdenkt, muss folgern, dass es keinen haltbaren Grund gibt, eingetragene Lebenspartnerschaften von Homosexuellen zu benachteiligen. Und das geschieht noch in vielen Bereichen, zum Beispiel beim Ehegattensplitting. Während heterosexuelle Paare ihr Einkommen auf beide Partner verteilen können und

so weniger Steuern zahlen, bleibt Schwulen und Lesben diese Möglichkeit verwehrt.

Der Forderung nach vollständiger Gleichstellung wird gern das Argument entgegengebracht, dass aus einer Homohe keine Kinder hervorgehen könnten. Zum einen stimmt das nicht zwingend – es gibt Adoptionen. Zum anderen zieht es nicht, weil auch viele klassische Ehen gewollt oder ungewollt kinderlos bleiben. Niemand kam deswegen aber auf die Idee, kinderlosen Ehepartnern ihre steuerlichen Privilegien zu streichen.

Wenn es den Unionspolitikern wirklich darum ginge, Kindererziehung steuerlich zu belohnen, dürften sie die Belohnung nicht an die

Schwule und Lesben müssen nicht bitten – sie haben Rechte

Ehe koppeln. Schließlich gibt es ja auch viele andere Formen des Zusammenlebens als nur die Teilung in verheiratet oder nicht: geschiedene Alleinlebende mit Kindern, unverheiratete Eltern, geteiltes Sorgerecht und vieles andere mehr. Die althergebrachte Bevorzugung rein nach Trauschein trifft auf heutige Lebensmodelle nicht mehr zu.

In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung in der Familienpolitik bereits einige überholte ideologische Standpunkte revidiert. Es ist an der Zeit, dass sie die Partnerschaften von Homosexuellen grundsätzlich gleich bewertet.

NEBENEINKÜNFTE

Zeigt her eure Kohle

Auch Bundestagsabgeordnete sind nur Menschen. Und können als solche schon mal ein bisschen durcheinanderkommen – zumal, wenn es ums eigene Geld geht. Doch das Gezerre um die Veröffentlichungsregeln für Nebeneinkünfte nimmt langsam bizarre Züge an. Eigentlich haben alle eine neue Regelung beschlossen, doch nun will jeder etwas anderes darunter verstehen.

Dabei wäre es doch so einfach, endlich Klarheit bei diesem traditionell umstrittenen Thema zu schaffen: Wer sich etwas zu seinen Abgeordnetenbezügen hinzuverdient, muss öffentlich angeben, wofür er wie viel Geld erhalten hat. Das funktioniert in anderen Ländern ganz prima. Warum sollte es in Deutschland nicht möglich sein?

Es ist völlig unverständlich, warum hierzulande so ein Aufhebens um die Nebeneinkünfte gemacht wird. Am bürokratischen Aufwand, wie einige Abgeordnete behaupten, kann es jedenfalls kaum liegen. So schwierig ist es nämlich nicht, die

Einnahmen zum Beispiel auf einer Internetseite einzutragen. Vielmehr scheint hinter der Verschleierrtaktik die Angst vor den Wählern zu stecken, die sich am Zubrot ihrer Volksvertreter stören könnten.

Dabei ist es prinzipiell keine Schande, Geld zu verdienen – auch nicht für Abgeordnete. Im Gegenteil: Die Bürger sollten sich freuen, wenn sie im Parlament nicht nur von Politikern vertreten werden, die in ihrem Leben nichts anderes gesehen haben als Kreisverbandssitzungen und Plenardebatten.

Natürlich kann man es mit den Nebeneinkünften auch übertreiben. Etwa wenn sich dadurch Interessenkonflikte ergeben. Oder wenn, wie im Fall des SPD-Abgeordneten Peer Steinbrück, der Eindruck entsteht, dass Vortragsreisen die eigentliche Abgeordnetentätigkeit in den Hintergrund drängen. Aber um genau solche Fälle zu erkennen, sollten die Einkünfte ja transparent gemacht werden. Dann kann sich jeder Wähler selbst ein Urteil bilden.

DAS LETZTE

Polizisten wissen, was zu tun ist, denn sie haben Datenverkehr

Claus G. Schmalholz

Bei den grundlegenden Dingen gibt es immer zwei Lager: Raucher und Nichtraucher, Cowboys und Indianer, Facebook-Nutzer und Festnetztelefonierer. Letztere lassen sich am Umgang mit persönlichen Daten unterscheiden. Während die Freunde im Gesichtsbuch öffentlich alles über sich und andere preisgeben, horchen Schnurtelefonierer schon mal argwöhnisch ins Gerät hinein: War da

nicht so ein verräterisches Knacken, als ob die Leitung abgehört würde?

Millionen iPhone-Besitzer und Playstation-Spieler können über diesen antiquierten Argwohn nur lachen. Was soll schon passieren, wenn man online mit dem Kumpel aus Mombasa „Mortal Kombat“ zockt. Datenschutz ist was für Spießler, die glauben, Daten über ihr langweiliges Leben würden irgendeinen interessieren. Nur solche Typen können sich darüber aufregen, dass Hacker die Zugangsdaten von 75 Millionen

Playstation-Nutzern geklaut haben und Apple die Positionsdaten der iPhone-Besitzer sammelt. Sind doch nur Daten, sagen die Spieler.

Sind doch nur Daten, sagten auch die Mitarbeiter des niederländischen Navigationsgeräteherstellers Tomtom, als sie die anonymisierten Routeninformationen Tausender Kunden an regionale Behörden verkauften. Der Plan: Die Beamten sollten damit zum Beispiel schnellere Ampelschaltungen programmieren. Die Beamten hatten aber eine noch bessere

Idee und schickten die Daten der Polizei. Die wertete die Infos aus, schaute, wo die Autofahrer stets zu schnell fuhren, und stellte genau da Blitzer auf. So bekam wohl mancher Tomtom-Besitzer ein Knöllchen fürs Rasen, obwohl er doch gar nichts zu verbergen hatte. Irgendwie blödsinnig von Tomtom. Passt aber exakt zur Top-Ten-Liste der iPhone-Apps aus 2010. Zu den beliebtesten Programmen zählt die Facebook-App. Direkt davor rangiert Trapster, ein Programm, das vor Radarfallen warnt.

GESAGT...



„Wir sehen durchaus die Möglichkeit, den Umsatz und den Gewinn von Skype zu steigern“

Steve Balmer, Chef des Computerkonzerns Microsoft, über die Übernahme des Online-Telefondienstes Skype

...GEMEINT

Wir haben ja keine andere Möglichkeit mehr.